

Die Logik des Marktes und die Logik der Medizin

Herr Pogge, was heißt es, in einer Gesellschaft, in der alles mit allem zusammenhängt, moralisch zu handeln? Überfordert es den Einzelnen beispielsweise nicht, sich um Menschenrechtsverletzungen irgendwo auf der globalisierten Welt zu kümmern?

Auf der Ebene der Interaktion natürlich. Ich kann nicht alle meine Konsumentscheidungen so ausrichten, dass ich damit möglichst leise trete, also in den Entwicklungsländern – aus denen ja in der einen oder anderen Weise sehr vieles kommt, was wir konsumieren – möglichst wenig Schaden anrichtet. Der Einfluss, den ich als Einzelner nehmen kann, geht über die Politik, darüber, was eine Regierung in meinem Namen am Verhandlungstisch fordert oder wofür sie sich einsetzt. Und in der Regel setzt sich unsere Regierung in internationalen Verhandlungen für diejenigen Dinge ein, die für unsere Firmen, Industrie und Banken am günstigsten sind. Das wird ihr natürlich von diesen sehr mächtigen Agenten nahegelegt. Sie sollte sich aber auch und ganz besonders für die Gerechtigkeit einsetzen und für das Gemeinwohl der Menschheit. Und sie dazu zu animieren, sind wir als Bürger verpflichtet.

Mit fair gehandeltem Kaffee sind wir moralisch also nicht aus dem Schneider?

Fair gehandelten Kaffee zu kaufen ist schon ein politischer Schritt. Der Gedanke, dass man dadurch Menschenleben rettet, ist allerdings kaum zu halten. In Guatemala wird der Kaffee vielleicht traditionell hergestellt, in Ecuador wird er nach Fair-Trade-Prinzipien hergestellt. Und ich kaufe jetzt Fair-Trade-Kaffee. Da kann es immer noch sein, dass als Konsequenz meiner Kaufentscheidung in Guatemala jemand an Hunger stirbt, weil dort Leute entlassen worden sind, deren Kaffee sich nicht mehr absetzen lässt, weil die Kunden jetzt Fair-Trade-Kaffee kaufen. Wenn Sie glauben, Sie hätten das in der Hand, Sie könnten wissen, welche Konsequenzen Ihre Kaufentscheidungen in der Welt als ganzer haben, ist das eine Illusion. Trotzdem sollte man fair gehandelte Produkte kaufen, weil man dadurch seiner Regierung signalisieren kann, dass wir es ernst meinen – dass wir wirklich bereit sind, uns für die Interessen derer einzusetzen, die systematisch ausgebeutet werden.

Sind die Menschen überfordert, in einer komplexen Welt moralisch zu handeln?

Wir haben einerseits eine gewisse Grundmoral, die für uns das identifiziert, was uns moralisch wichtig ist. Dass Menschen nicht leiden, dass sie nicht in ihrer Würde verletzt werden. Und dann haben wir eine zunehmend komplexe Welt, in der wir uns zurechtfinden müssen. Wir müssen verstehen, was die Kausalmechanismen sind, durch die Elend und Entwürdigung in die Welt kommen. Aber dafür brauchen wir keine besonders komplizierte Moral. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir auf oft sehr komplizierten Wegen dazu beitragen, dass andere Menschen leiden.

Haben die 2015 auslaufenden Millenniumsziele den Armen geholfen?

Herausgekommen ist dabei wenig, trotzdem wird jetzt unglaublich gefeiert. Alle sagen, wir haben so viel erreicht. Das sieht auch so aus, wenn man sich die Statistiken ansieht. Dazu ist dreierlei zu sagen. Zum einen, dass dort unglaublich gemischt und gemogelt worden ist. Die erschütterndste Sache ist vielleicht im letzten Jahr passiert, als die Hungerndenzahlen der FAO komplett umgepolt wurden. Sie haben plötzlich verkündet, einer neuen Methodologie zufolge seien im Jahr 1990 157 Millionen mehr hungrige Menschen da gewesen als vorher angenommen. Die 1990er Zahl wurde stark nach oben gesetzt, die 2010er Zahl wurde um 57 Millionen nach unten korrigiert. Und plötzlich gab es diese abfallende Kurve, die es vorher nicht gegeben hatte.

Natürlich gibt es verschiedene Methoden, wie man Hunger messen kann, aber man kann sich nicht im Jahr 22 einer 25-jährigen Versuchsperiode umorientieren und sagen, nun nehmen wir mal die andere Methode. Daraus müssen wir unbedingt lernen, dass die Messung von Zielen nicht solchen politisch exponierten und abhängigen Institutionen wie der Weltbank oder der FAO übertragen werden darf. Das müssen unabhängige Institute machen, denen ganz klare Parameter vorgegeben werden: Das ist das Ziel, und das ist die Messmethode. Und lasst euch nicht beeinflussen.

Der zweite Punkt ist, dass bei diesen Zielen die relevante Vergleichsgröße die Vergangenheit ist, also 1990. Aber das ist der falsche Maßstab. Man muss sich klar machen: Wenn die Welt einfach nur wei-

Die Pharmaforschung zielt meist auf Medikamente, die hohe Gewinne versprechen. Doch was ist mit den Kranken, die nicht zahlungskräftig sind und in armen Ländern leben? Der Philosoph Thomas Pogge macht in seinen Schriften über Weltarmut und Gesundheitsökonomie konkrete Vorschläge. Ein Gespräch.



Das vollautomatische Medikamentenlager einer Apotheke im schweizerischen Nussbaumen bei Baden.

Foto laif

tergewachsen wäre und wenn die Armen proportional an diesem Wachstum teilgenommen hätten, dann hätten sie sich ja auch verbessert, ohne Anstrengung von irgendjemandem. Tatsächlich ist aber der Anteil der Armen am globalen Haushalts-einkommen in der Zeit, in der diese Ziele angeblich verfolgt wurden, stark gesunken. Es ist also eine Illusion, dass wir irgendetwas erreicht hätten. Dem ärmsten Fünftel ginge es heute 28 Prozent besser, wenn ihr Anteil am Welteinkommen auch nur proportional am Wirtschaftswachstum teilgenommen hätte. Im Grunde ist es also eine katastrophale Entwicklung. Man müsste hieraus für die Zielsetzung für das Jahr 2030 lernen, dass man die Ziele relativ zum Wachstum definieren sollte, also zum Beispiel darauf abzielen sollte, dass der Anteil des ärmsten Fünftels am globalen Haushaltseinkommen sich von 0,666 (2008) auf ein Prozent erhöht. Das wäre ein vernünftigeres Ziel.

Der dritte Punkt ist, dass wir die Ziele anders formulieren sollten. Nicht dies und das halbieren, dritteln usw. Das sind noch keine Ziele, das sind Wünsche. Wir sollten kompetente Akteure benennen und ihnen klar vorschreiben, was sie zu tun haben, um das Gewünschte zu erreichen. Und dabei kann man auch ganz konkrete Resultate ins Auge fassen, etwa die Abschaffung der unversteuerten Geheimkonten, auf denen etwa 20 Prozent des Privatvermögens der Menschheit liegen, oder die Eindämmung des Steuerbetrugs. Das sind Sachen, die die reichen Länder ohne weiteres durchsetzen könnten und die sich sehr positiv auf die Einkommensentwicklung der Armen auswirken würden. Das lässt sich nicht so leicht schummeln.

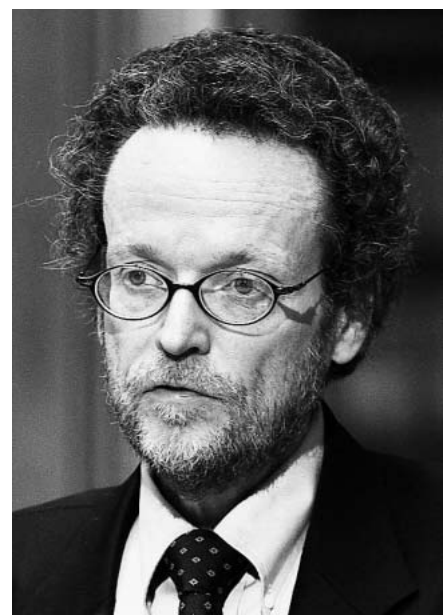
Was bedeutet die zunehmende ökonomische Ungleichheit für die Demokratie in der Welt?

Sie bedeutet, dass die Demokratie auf dem absteigenden Ast ist. Ökonomische Ungleichheit schlägt immer auf das politische System durch. Es ist eigentlich unmöglich, die beiden Systeme so voneinander zu isolieren, dass die Reichen keine größeren Möglichkeiten haben, auf die Politik Einfluss zu nehmen, als die Armen. Einmal, indem man politische Kandidaten unterstützt, von denen man sich etwas verspricht, und zum anderen, weil natürlich die Politik auf die Wirtschaft angewiesen ist. Wenn gerade ein gutes Investitionsklima herrscht, ist das für die Politik eine gute Sache, es werden Ar-

beitsplätze geschaffen, man wird wieder gewählt. Umgekehrt, wenn die Wirtschaftsbosse weniger investieren, weil ihnen die Politik nicht passt, können sie der Regierung damit schon eine Lektion erteilen.

Ihr berühmtester Vorschlag, wie das Leid in der Welt verringert werden könnte, ist der Health Impact Fund. Was ist das?

Der Grundgedanke ist, dem jetzigen Anreizsystem für die Arzneimittelforschung ein zweites hinzuzufügen, ein zweigleisiges System zu fahren statt ein eingeleisiges. Im jetzigen System ist die einzige Art, wie an Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verdient wer-



Thomas Pogge

Foto Imago

den kann, ein Patent, mit dem man dann hohe Aufpreise verlangen kann. Der Health Impact Fund (HIF) funktioniert anders: Dort könnte ein Hersteller sein Medikament freiwillig anmelden und müsste vertraglich zusichern, es weltweit zum niedrigstmöglichen Kostenpreis anzubieten und nach Ablauf von zehn Jahren zum generischen Vertrieb freizugeben. Dafür bekommt er während dieser ersten zehn Jahre eine Prämie, die sich nach den Gesundheitsauswirkungen des Medikaments richtet. Die für dieses zweite Gleis gemeldeten Medikamente würden

alle auf ihre Wirkungen untersucht, und jedes Jahr würde dann ein fixer Prämientopf unter diesen Medikamenten verteilt, im Verhältnis zum Gesundheitsgewinn. Wie viel Gewinn man mit einem Medikament macht, hängt also davon ab, welchen konkreten Nutzen es hat.

Arme Menschen bekämen so Zugang zu wichtigen neuen Medikamenten und es gäbe starke Anreize, neue Medikamente mit größtmöglichen Gesundheitsauswirkungen zu entwickeln, insbesondere auch Impfstoffe, die unter dem gegenwärtigen System wenig lukrativ sind. Der HIF würde auch stark zur Effizienz beitragen, weil er Verschwendungen durch Werbungs- und Patentierungskosten sowie Deadweight-Verluste, Rechtsstreitigkeiten um geistiges Eigentum, Lobbying und wettbewerbsfeindliche Absprachen erheblich verringern würde.

Und wer füllt den Prämientopf?

Wir denken daran, dass Regierungen ihn anfangs mit mindestens 5 Milliarden Euro pro Jahr finanzieren. Das klingt viel, ist aber nur 0,01 Prozent der Summe aller Bruttonationaleinkommen (BNE) und nur ca. 0,6 Prozent der weltweiten Ausgaben für Arzneimittel. Denkmäler wären aber auch internationale Steuern, etwa auf Finanztransaktionen oder Umweltverschmutzung.

Kann man die Gesundheitsauswirkungen eines Medikaments denn messen?

Gesundheitsauswirkungen misst man in QALYs, Qualitätsbereinigten Lebensjahren (quality-adjusted life years): durch Vergleich mit den Ergebnissen, die mit den Mitteln eingetreten wären, die zwei Jahre vor Einführung des neuen Medikaments verfügbar waren.

Gibt es Reaktionen auf diesen Vorschlag?

Jede Menge, wir haben das breit publik gemacht, im amerikanischen Kongress, in Brüssel, in Pharmafirmen. Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich. Politiker fragen zuerst: Funktioniert das denn? Darauf kann man nur antworten, wir müssen Pilotprojekte machen und mit einem wirklichen Medikament in einem Entwicklungsland vorführen, dass es geht. Wir arbeiten daran, solche Pilotprojekte aufzustellen, in denen wir eine Herstellerfirma überzeugen, ein neues Medikament etwa in einer Provinz Indiens oder einem kleinen Land wie Haiti ganz billig abzugeben und sich dann

nach den Gesundheitsauswirkungen bezahlen zu lassen.

Die zweite Sorge ist, dass sich nicht genug finden lassen, die das Projekt unterstützen. Wir haben Nobelpreisträger und ehemalige Premierminister auf unserer Seite. Wir haben auch Unterstützung seitens politischer Parteien, vor allem in Deutschland, wo zum Beispiel die SPD den Health Impact Fund unterstützt. Es ist ohne weiteres denkbar, dass wir nach den nächsten Bundestagswahlen mit deutscher Unterstützung ein Pilotprojekt, etwa in Indien, durchführen könnten – ein Projekt, das vielleicht ein paar Millionen Euro kosten würde und ja selbst schon erhebliche Gesundheitsgewinne im Pilotgebiet erzielen würde. Wenn das gut klappt, könnten Deutschland und Indien vielleicht die treibenden Kräfte sein, die den Health Impact Fund bei einem G-20-Gipfel auf die politische Agenda setzen. Der HIF ist, sowohl moralisch als auch ökonomisch, eine so attraktive Idee, dass es nahezu absurd wäre, ihn nicht einzuführen.

Und was sagen die Pharmakonzerne?

Das ist sehr unterschiedlich, sogar innerhalb der einzelnen Konzerne. Allgemein kann man sagen, dass die Forscher die Idee sehr gerne mögen. Die wollen natürlich lieber über eine ernsthafte Krankheit forschen, die arme Leute betrifft, als über Haarwuchsmittel.

Könnte man die Idee hinter dem HIF auf andere Bereiche ausdehnen?

Ja, auf Nahrungsmittel und Saatgut etwa. Da könnte man die Verringerung des Bedarfs an Düngemitteln und Pestiziden honorieren und auch die Erhöhung des Nährstoffgehalts pro Hektar, dadurch würde man Landflächen schonen und die Ernährung verbessern. Ein weiterer Bereich, in den man das übertragen könnte, wären die grünen Technologien. Da gibt es denselben Irrsinn wie bei den Medikamenten. Wir machen uns sehr viel Mühe, eine gute Innovation auf die Beine zu stellen, aber dann belohnen wir den Innovator mit dem Privileg, sie patentgeschützt mit einem hohen Aufpreis zu verkaufen, was zur Folge hat, dass die Innovation nur wenig genutzt wird. Obwohl wir gute grüne Technologien haben, werden in vielen Entwicklungsländern Kraftwerke und Fabriken noch immer nach veralteten Plänen gebaut, weil man sich dort die Lizenzen nicht leisten kann. Wir alle und unsere Nachkommen müssen das ausbaden.

Daran, dass wir die große Mehrheit ärmerer Menschen von Innovationen ausschließen, verdient niemand Geld. Wer würde etwas verlieren, wenn wir es ärmeren Bevölkerungen ermöglichen würden, solche Dinge lizenzfrei herzustellen und zu konsumieren? Das würde uns nichts kosten. Aber es geht halt nicht, solange dieselben Dinge in reichen Ländern zu extrem hohen Preisen verkauft werden. Wir müssen also die reichen Länder davon überzeugen, für die Forschungs- und Entwicklungsarbeit anders zu bezahlen, nämlich über das Steuersystem anstatt durch Aufpreise. Mit dieser Reform könnten wir kostenloses Wohlfühl-, Gesundheit-, Ernährung und Umweltschutz befördern.

Die einschlägigen Publikationen von Thomas Pogge zum Thema sind: „Politics as Usual: What Lies Behind the Pro-Poor-Rhetoric“ (Cambridge 2010) sowie „Weltarmut und Menschenrechte“ (Berlin 2011). Die Website des HIF ist unter <http://healthimpacfund.com> zu finden.

Das Gespräch führte **Manuela Lenzen**.

Bin jetzt ganz für euch da

Ist flexible Arbeitszeit wirklich familienfreundlich?

Flexible Arbeitszeiten sind zum Synonym für familienfreundliche Arbeitszeiten geworden. Ein Gutachten des Institutes zur Zukunft der Arbeit (IZA) vom November 2010 dient sie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Mittel an, den Fachkräftemangel zu bewältigen (http://www.iza.org/en/webcontent/publications/reports/report_pdfs/iza_report_33.pdf). Der „Acht-Stunden-Job“ sei auf dem Rückzug, verkündet auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf der Homepage des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung: Bereits vier von fünf Unternehmen gingen mit der Zeit, und ließen ebendiese von ihren Mitarbeitern flexibel gestalten (<http://www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de/handlungsempfehlungen/fachkraefte-binden/flexible-arbeitszeitmodelle/>).

Familienmediziner und Soziologen der Universität von Minnesota in Minneapolis verpassen jedoch den naiven Hoffnungen, auf diese Weise ließen sich die grundsätzlichen Schwierigkeiten von Eltern beheben, denen die Doppelbelastung von Berufstätigkeit und Kindererziehung zusetzt, einen Dämpfer. Wechseln berufstätige Eltern von starren Arbeitszeitmodellen zu flexiblen, haben sie dennoch nicht nennenswert mehr Zeit für die Kinder und das Familienleben – wenn man die tatsächlich mit dem Nachwuchs verbrachte Zeit nicht nur subjektiv beurteilen lässt, sondern objektiv misst. Sie haben lediglich mehr Zeit für sich selbst und fühlen sich weniger unter Stress („Journal of Marriage and Family“).

Die Wissenschaftler nahmen die Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells in einem großen Unternehmen in den Twin Cities in Minnesota zum Anlass, die sich daraus für Familien ergebenden Konsequenzen genauer zu untersuchen. Im Rahmen dieses ROWE-Modells – Results only Work Environment – wird nicht eine starre Arbeitszeit zugrunde gelegt und gemessen, sondern es wird geprüft, ob bestimmte Aufgaben erledigt wurden. Insgesamt wurden 107 Mütter und 118 Väter im Verlauf von sechs Monaten nach dem Wechsel zu diesem flexiblen Arbeitszeitmodell über ihre Erfahrungen befragt und beobachtet.

Was die Väter angeht, so ergaben sich keine Unterschiede im Familienleben. Weder verbrachten sie tatsächlich mehr Zeit mit ihren Kindern, noch hatten sie den Eindruck, sich länger mit ihnen zu beschäftigen. Bei den Müttern driften subjektive Wahrnehmung und objektiver Tatbestand indes auseinander. Sie hatten zwar das Gefühl, ihren Kindern mehr Zeit zu widmen, aber offensichtlich war dies eher ein Wunschdenken, denn die Messdaten konnten das nicht bestätigen.

Für einen Teil der Mütter ließ sich eine geringfügige Änderung feststellen, was die Häufigkeit der Abendmahlzeiten angeht. In jenen Familien, in denen die Mutter pro Woche nur dreimal mit ihren Kindern gemeinsam zu Abend aß, tat sie das unter den geänderten Arbeitsbedingungen öfter. Aber für Mütter, die auch schon zuvor mehr als drei Abendmahlzeiten mit ihren Kindern verbrachten, änderten die flexibleren Arbeitszeiten auch daran nichts.

Wenngleich für die Kinder damit alles in allem nicht mehr Zeit zur Verfügung stand, ergaben sich aus der neuen Regelung immerhin Vorteile für die Eltern selbst. Abgesehen von der emotionalen Entlastung der Mütter, die sich zumindest subjektiv nicht mehr so unter Zeitdruck fühlten, berichteten die Befragten – auch die Väter –, dass sie weniger unter Stress standen. Sie waren zudem offenbar am Arbeitsplatz zufriedener. Das zumindest wollten die Autoren der Studie an der im Vergleich zu vorher geringeren Zahl von Versuchen, den Arbeitsplatz zu wechseln, ablesen.

Die Eltern gaben außerdem an, dass sie mehr Zeit für sich selbst hatten, und dass die Regelung ihrer Gesundheit zugute kam, weil sie mehr schlafen konnten und körperlich aktiver wurden. Die Wissenschaftler, die diese Daten erhoben haben, weisen darauf hin, dass man die Ergebnisse derzeit nicht verallgemeinern dürfe, denn es handle sich um Probanden, die eine gute Ausbildung besaßen und als „white collar“ Berufstätige eher einer gut bezahlten Arbeit nachgingen, die meisten hatten sogar eine Leitungsfunktion inne. Die Studie wirft gleichwohl die Frage auf, ob flexible Arbeitszeiten im Hinblick auf die Berufstätigkeit der Mütter unkritisch als Allheilmittel gelten dürfen, das automatisch verhindert, dass die Kinder zu kurz kommen.

Das gilt auch für die Betreuung anderer Angehöriger in einer Familie. Soeben werden in Großbritannien prononciert flexible Arbeitszeiten für Personen gefordert, die sich um ihre Familienmitglieder kümmern, zusammengefasst in dem jüngsten Bericht zur Situation der Pflege von Angehörigen, an dem Regierung, Arbeitgeberverbände und Selbsthilfeorganisationen beteiligt waren. Darin heißt es, dass das Recht auf flexible Arbeitsplatzgestaltung nicht nur Eltern, sondern allen Personen zustehen müsse, die jemanden aus der eigenen Familie pflegen und betreuen („British Medical Journal“, Bd. 347, S. f3320). Jeder Beschäftigte, der länger als 26 Wochen ununterbrochen an einem Arbeitsplatz tätig sei, solle künftig darauf pochen dürfen. MARTINA LENZEN-SCHULTE

Die Ministerin rät

Studentische Wohnungsnot in NRW

Die Wissenschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen, Svenja Schulze (SPD), hat an die Immobilienbesitzer in den Hochschulstädten des Bundeslandes appelliert, an Studienanfänger Zimmer und Wohnungen zu vermieten. Vermutlich will sie sagen: zu marktüblichen Preisen. Es müssten nicht immer langfristige Mietangebote sein. „Oftmals ist Studierenden schon geholfen, wenn sie in den ersten Semesterwochen eine feste Bleibe haben, von der aus sie eine längerfristige Lösung finden können“, heißt es in einer Mitteilung Schulzes. In diesem Wintersemester ist die Wohnungssituation in den Hochschulstädten besonders angespannt,

weil der doppelte Abiturjahrgang ein Studium aufnimmt. Nach Angaben Schulzes haben derzeit ein Drittel der Studierenden bei ihren Eltern und rund zehn Prozent in einem Studentenwohnheim. Die übrigen suchen auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Unterkunft. In nahezu allen Hochschulstädten in Nordrhein-Westfalen hätten sich die Mieten in den letzten Jahren erhöht, und der Bestand an preiswertem Wohnraum sei nicht entsprechend der Nachfrage gewachsen.

Außer Appellen hat Schulze aber auch ganz praktische Vorschläge: Bei der Suche nach einer Unterkunft sollten sich die Studienanfänger an die örtlichen Studentenwerke und an Wohnungsgenossenschaften wenden, empfahl Schulze. Außerdem gebe es eine Reihe von Internetseiten für die Zimmervermittlung. F.A.Z.

Ils sont fous . . .

Binationales Archäologie-Studium

Dass die Römer spinnen, hat ein Franzose gesagt. Gemeinsam mit der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne bietet die Universität des Saarlandes nun ab kommenden Wintersemester den deutsch-französischen Bachelorstudiengang „Klassische Archäologie“ an. Die Studenten lernen Kunst und Alltagskultur der griechischen und römischen Antike kennen. Darüber hinaus erwerben sie interkulturelle Kompetenzen und kommen mit einer fremden Wissenschaftskultur in Kontakt. Wer sich für das in diesem Fach bundesweit einmalige Studienangebot interessiert, kann sich noch bis zum 30. September an der Saar-Universität bewerben. F.A.Z.

Was noch frei ist

Studienplatzbörse online

Wer noch auf der Suche nach einem passenden Studienplatz in Deutschland ist, kann sich jetzt wieder auf der bundesweiten Studienplatzbörse der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) umtun. Sie informiert Studieninteressierte über noch verfügbare Studienplätze. Für welchen Studiengang man sich wo noch bewerben oder gleich einschreiben kann, geben die Hochschulen in der Börse tagesaktuell bekannt. Die Börse ist bis Ende Oktober geöffnet. Zu erreichen ist sie über: www.hochschulkompass.de/studienplatzboerse oder www.hochschulstart.de. Der Zugang ist kostenfrei und erfordert keine Anmeldung. F.A.Z.